

## **Grüne: Gesprächsverweigerung von K + S verhindert eine sachgerechte Lösung**

Die Kreistagsfraktion der GRÜNEN hält die Weisung des Umweltministers für kontraproduktiv. "Anstatt die umwelt- und gesundheitspolitischen Belange der Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen, werden einseitige wirtschaftspolitische Interessen bevorzugt." „Im Rahmen des laufenden Verfahrens sind gerade im Zusammenhang mit der Althalde eine Menge Fragen aufgetaucht, die nur in Kooperation mit K + S gelöst werden können. Leider verweigert K + S derzeit konstruktive Gespräche und blockiert somit eine sachgerechte Lösung.“, so die umweltpolitische Sprecherin der Grünen, Nina Lipecki.

„Mit der Fristsetzung des Umweltministeriums wird ein geordnetes Verfahren zur Lösung dieser Fragen torpediert. Dies ist umso unverständlicher, da selbst von Kali + Salz eine kurzfristige Inbetriebnahme nicht geplant ist. Ein solches Vorgehen fördert eher den Politikverdruss“, so das Fazit des Fraktionsvorsitzenden Holger Schröter-Mallohn